



Parlamentarische Versammlung der NATO

UNTERAUSSCHUSS FÜR DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN

DIE NATO UND DIE SICHERHEIT AM PERSISCHEN GOLF

ENTWURF EINES BERICHTS

RUPRECHT POLENZ (DEUTSCHLAND)
BERICHTERSTATTER*

Internationales Sekretariat

22. September 2005

* Das vorliegende Dokument gibt bis zu seiner Verabschiedung durch den Politischen Ausschuss lediglich die Auffassungen des Berichterstatters wieder.

INHALT

Seite

I.	DER PERSISCHE GOLF UND DIE INTERNATIONALE SICHERHEIT	1
II.	DIE SITUATION IM IRAK UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE GOLFREGION ..	1
III.	DIE NATO IN DER REGION	2
IV.	DER IRAN	3
V.	DER KOOPERATIONSRAT DER GOLFREGION	6
VI.	SCHLUSSFOLGERUNGEN	7

I. DER PERSISCHE GOLF UND DIE INTERNATIONALE SICHERHEIT

1. Der Persische Golf, ein chronischer Krisenherd in der jüngeren Geschichte, ist aufgrund seiner geographischen Lage, der dort dauerhaft anhaltenden Instabilität und der in dieser Gegend konzentrierten Vorkommen an Energieträgern eine Region von entscheidender strategischer Bedeutung. Annähernd 60% sämtlicher Ölreserven der Welt befinden sich in dieser Region. Was die internationale Verteilung der Erdgasvorkommen betrifft, so liegen die Staaten der Region weltweit an zweiter, dritter, vierter bzw. fünfter Stelle hinter Russland. Die Weltwirtschaft ist in hohem Maße von den Energievorkommen in der Golfregion abhängig, und dies wird noch auf Jahrzehnte so bleiben. Zu allem Überfluss führen auch äußerst wichtige internationale Schifffahrtswege durch diese Region.

2. Beginnend mit dem ersten Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran im Jahre 1980 hat diese Gegend während der zurückliegenden 25 Jahre drei große Kriege erlebt. Die neu auf den Plan getretenen Gefahren für die internationale Sicherheit, die von den international operierenden Terroristengruppen ausgehen, sowie das Phänomen der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (WMD) sind zwei weitere Faktoren, die deutlich werden lassen, wie volatil die Sicherheit in der Golfregion ist. Die meisten Länder der Region sehen sich der Bedrohung durch potenziell extremistische und terroristische Aktivitäten auf ihrem Staatsgebiet ausgesetzt, die darüber hinaus tief greifende Implikationen für die Stabilität im gesamten Nahen und Mittleren Osten („Broader Middle East“) haben könnten.

3. Durch die zurzeit laufenden Operationen der NATO in Afghanistan und im Irak hat sich die strategische Bedeutung des Persischen Golfs nur noch weiter erhöht. Die zukünftige Entwicklung im Irak wird auf entscheidende Weise die Entwicklung in der gesamten Golfregion bestimmen. Sämtliche NATO-Staaten sind sich in hohem Maße der Gefahren durch die Instabilität im Irak bewusst und erkennen die Notwendigkeit, die Regierung und die Behörden im Irak dabei zu unterstützen, die Sicherheitslage selbst unter ihre Kontrolle zu bringen. Überdies tritt der Iran als das volkreichste Land der Region gegenwärtig als eine gestärkte Regionalmacht auf den Plan. Ein Iran mit nuklearen Fähigkeiten, in dem religiöse Extremisten mit Verbindungen zu Terroristengruppen über ballistische Flugkörper verfügten, wäre ein wahrhaft Angst einflößendes Szenario. Es ist daher wahrscheinlich, dass die Entwicklungen im Persischen Golf und im Nahen und Mittleren Osten („Broader Middle East“) die euro-atlantische Sicherheit in zunehmend hohem Maße beeinflussen könnten.

4. In dem vorliegenden Bericht soll die Sicherheitssituation im Persischen Golf kurz analysiert werden. In diesem Zusammenhang wird der Bericht sich auch mit der entscheidenden Frage des Nuklearprogramms im Iran auseinandersetzen. Mit Bezug auf die bisher durch die NATO eingeleiteten Aktivitäten sollen auch die mögliche Rolle und Aufgabe der NATO im Zusammenhang mit der Stabilität in der Region erörtert werden. Ihr Berichterstatter unterstützt nachdrücklich ein durch mehr Initiativen gekennzeichnetes Vorgehen der NATO im Hinblick auf den Persischen Golf. Allerdings sollte eine verstärkte Aktivität der NATO vorwiegend politischer Natur sein und auf der Zustimmung der Länder in der Region beruhen.

II. DIE SITUATION IM IRAK UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE GOLFREGION

5. Natürlich werden die Entwicklungen im Irak sich in erheblichem Maße auf die Sicherheit im Persischen Golf und darüber hinaus auswirken. Die Länder in dieser Region sind durch den Aufstand im Irak in Alarm versetzt worden. Außerdem besteht die Sorge, eine Allianz zwischen den durch Schiiten dominierten Regierungen im Irak und im Iran könnte sich versucht sehen, die in den anderen Ländern vorhandenen schiitischen Volksgemeinschaften zu beeinflussen und damit die Stabilität in den Golfstaaten unterminieren.

6. Die Sicherheit im Irak hat sich in den vergangenen Monaten erheblich verschlechtert. Die Angriffe auf irakische Truppen und Zivilisten sind in hohem Maße gestiegen. Im April 2005 gab es 69 Selbstmordattentate, mehr als im gesamten Zeitraum seit dem Fall Saddam Husseins bis zur Machtübergabe im Juni 2004. Allein im Mai forderten ca. 90 Selbstmordattentate ungefähr 750 Todesopfer. Außerdem stellen die Selbstmordattentate, die Entführungen und Geiselnahmen für ausländische Zivilisten und insbesondere die Angehörigen von humanitären Hilfseinrichtungen, ausländischen Unternehmen und Journalisten eine reale und erhebliche Gefährdung dar. Mit aktiver Unterstützung durch einige Mitgliedstaaten der NATO haben die irakischen Sicherheitskräfte nach und nach damit begonnen, die erforderlichen Fähigkeiten aufzubauen, um für ihre eigene Bevölkerung die erforderliche Sicherheit zu schaffen. Die irakischen Sicherheitskräfte sind dieser Aufgabe jedoch noch nicht gewachsen. General John P. Abizaid zufolge hängt die irakische Polizei in ihrer Fähigkeit hinterher, einen Großteil der Kriegsanstrengungen zu übernehmen. Experten gehen davon aus, dass die Schaffung eines kompetenten irakischen Militärs mindestens 5 bis 10 Jahre dauern wird.

7. Die Bildung einer neuen Regierung am 6. April dieses Jahres, nachdem die verschiedenen, die wichtigsten ethischen und religiösen Gruppen im Lande vertretenden Parteien sich hatten einigen können, wurde durch manche als ein „Ausbruch aus der politischen Sackgasse“ eingestuft. Die Wahl von Jalal Talabani, dem Führer der Kurden, zum Präsidenten des Irak ist ein positives Zeichen für die entschlossene Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien im Irak; allerdings warten auf dem weiteren Wege in die Zukunft eher noch höhere politische Hürden. Obgleich der irakische Verfassungsentwurf nach wochenlanger Verzögerung im September von den irakischen Gesetzgebern verabschiedet wurde, ist unklar, ob die Verfassung bei dem bevorstehenden nationalen Referendum am 15. Oktober die endgültige Zustimmung von Seiten des irakischen Volkes erhalten wird. Das Gespenst eines Bürgerkrieges mit der Folge eines Zerfalls des Landes in einen schiitischen, einen sunnitischen und einen kurdischen Teil scheint für den Augenblick gebannt. Allerdings wird die neue Regierung des Iraks im Alltag der Bürger spürbare Verbesserungen herbeiführen müssen, wenn sie den Aktivitäten der Aufständischen den Nährboden entziehen will. Eine vor kurzem von der Universität Bagdad durchgeführte Umfrage ergab, dass das Vertrauen in die neue Regierung auf 45% gesunken ist, im Vergleich zu 85% gleich nach den Wahlen. Der politische Prozess im Irak selbst wird sich stärker auf die Nachhaltigkeit und die Intensität des Aufstandes auswirken als jede militärische Operation. Der Bericht des Verteidigungsausschusses des Unterhauses formuliert es so: „Wenn der Prozess des ‚nation building‘ gelingen soll, dann setzt dies einen erheblichen Einsatz an Zeit, Energie, Finanzmitteln und politischer Entschlossenheit voraus.“ Ihr Berichterstatter möchte hervorheben, dass es auch für die internationale Gemeinschaft im Irak um einen enormen Einsatz geht. Verliehen die Reformen erfolgreich, so würden sie ermutigende Signale in die Länder der Golfregion und des gesamten Nahen und Mittleren Ostens („Broader Middle East“) Osten“ aussenden. Scheitern sie jedoch, dann besteht die erhöhte Gefahr, dass der Aufstand vom Irak ausgehend auf die Nachbarstaaten übergreifen und die gesamte Region destabilisieren könnte. Daher sollte die NATO darüber diskutieren, wie die Alliierten und ihre Partnerstaaten im Irak weiter zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen, darüber hinaus jedoch auch breiter angelegte Prozesse wie das „nation building“ unterstützen könnten.

III. DIE NATO IN DER REGION

8. Aufgrund der hohen strategischen Bedeutung des Persischen Golfs unterhält der Westen, insbesondere die USA, bereits seit Jahrzehnten eine massive militärische Präsenz in der Region. Nach den Anschlägen vom 11. September hat das Bewusstsein um die entscheidende Bedeutung der Region für die internationale Sicherheit sich natürlich weiter geschärft. So haben die USA Vereinbarungen mit Saudi-Arabien, Kuwait, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) über die Einrichtung von Stützpunkten geschlossen. Bahrain und Katar haben sich für Einrichtungen der USA geöffnet und dienen als wichtige Brückenköpfe. Außerdem haben im

Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ Streitkräfte aus verschiedenen NATO-Mitgliedstaaten immer wieder Operationen in der Region durchgeführt. Im Rahmen der PSI-Initiative zur Verhinderung der Weitergabe von Atom-, biologischen und chemischen Waffen hat z. B. ein NBC-Verband aus den USA im Arabischen Golf eine Reihe von Manövern durchgeführt. Deutschland unterhielt bis Ende 2003 ein NBC-Bataillon in Kuwait, das dort bereits vor dem Irak-Krieg stationiert worden war, um Schutz vor einem potenziellen Angriff des Iraks mit biologischen und chemischen Waffen zu leisten. Das deutsche Bataillon gehörte zu einem in Doha, Katar, stationierten, multinationalen NBC-Kontingent, das u. a. auch tschechische Verbände umfasst.

9. In der Folge des Krieges von 2003 unterhalten gegenwärtig 16 NATO-Verbündete eine Präsenz von Streitkräften im Irak. Darüber hinaus leisten inzwischen sämtliche 26 NATO-Staaten Beiträge zu der dortigen Ausbildungsmission der NATO, und zwar sowohl innerhalb des Landes als auch außerhalb des Iraks. Wie der Politische Ausschuss bei einem Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten im Juni 2005 erfuhr, bilden z. B. die deutschen Streitkräfte in den Emiraten Angehörige der irakischen Polizei und Armee aus.

10. Die Kooperation der NATO im Größeren Mittleren Osten erfolgt im Rahmen der Kooperationsinitiative von Istanbul (ICI), die im Jahre 2004 anlässlich des Gipfels in Istanbul vereinbart wurde. Das vorrangige Ziel der Initiative liegt darin, Sicherheit und Stabilität in der Region zu erhöhen und zu diesem Zwecke die Zusammenarbeit der NATO mit entsprechend interessierten Ländern im Bereich der Sicherheit auf aktive Weise zu fördern und auszubauen. Im Rahmen der ICI-Initiative unterstützt die NATO die interessierten Staaten auch dabei, die Fähigkeit ihrer eigenen Streitkräfte zur Zusammenarbeit mit denen der Alliierten zu verbessern. Bereiche von besonderem Interesse sind dabei das Vorgehen gegen international aktive Terrorgruppen, die Verhinderung der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und des illegalen Waffenhandels sowie Beiträge zu Friedensmissionen unter Führung der NATO. Analog dazu, was die NATO den verschiedenen Staaten im Kontext des Mittelmeerdialogs anbietet, wird den interessierten Staaten im Nahen und Mittleren Osten („Greater Middle East“) und beginnend mit den Golfstaaten im Rahmen der ICI-Initiative eine gezielte Beratung in Fragen der Streitkräftereform, der Gestaltung von Verteidigungshaushalten, der Verteidigungsplanung und der Beziehungen zwischen militärischem und zivilem Sektor angeboten. Dabei ist die ICI ein gegenwärtig noch laufendes Projekt, dem bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt offiziell Kuwait, Bahrain, Katar und die VAE beigetreten sind.

11. Die Präsenz der NATO ist nicht nur dazu angetan, die dortigen Staaten bei der Reform ihrer Streitkräfte zu unterstützen, sondern die NATO kann auch dabei helfen, einen Sicherheitsdialog und vertrauensbildende Maßnahmen einzuleiten bzw. zu festigen. Als einen ersten Schritt regt Ihr Berichterstatter an, die ICI-Initiative durch das Hinzufügen einer Klausel weiter auszubauen, in der Konsultationen für den Fall ermöglicht werden, dass ein Teilnehmerstaat sich in seiner Sicherheit bedroht fühlen sollte, wie dies auch bei der Partnerschaft für den Frieden (PfP) praktiziert wird. Allerdings wird die NATO im Nahen und Mittleren Osten („Greater Middle East“) in der Regel eher als so etwas wie der „außenpolitische Arm der USA“ gesehen. Ihr Berichterstatter teilt die Auffassung von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, derzufolge die NATO in der arabischen Welt mit verstärkten diplomatischen Initiativen die Öffentlichkeit ansprechen sollte. Daher müssen wir mehr unternehmen, um deutlich zu machen, inwieweit die Allianz umgebaut wurde, was die NATO heute darstellt und wie sie zur Sicherheit im Mittleren Osten beitragen kann. Zu diesem Zwecke wäre es möglicherweise angebracht, wenn die NATO über die Bestellung eines eigenen Vertreters für die Region des Persischen Golfs nachdenken würde.

IV. DER IRAN

12. Der Iran ist ein Land von zentraler Bedeutung für die Region des Persischen Golfs. Nach dem Sturz von Saddam Hussein steht der Iran als die stärkste Macht der Region da. Angesichts

der historischen Ambitionen des Irans im Hinblick auf die Region und des nachdrücklichen Strebens des iranischen Regimes während der 80er-Jahre, die islamische Revolution auch jenseits der eigenen Grenzen zu fördern, zeigen zahlreiche regionale Nachbarn eine sehr vorsichtige Haltung gegenüber Teheran. Für sie war der Iran unter dem Schah der wichtigste Garant für politische Stabilität in der Region. Während der 80er- und der frühen 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts jedoch weckte der Iran nach der Verwirklichung der Republik eher die Erwartung, das Land werde zum wichtigsten Motor der Revolution werden. Darüber hinaus verfolgten die Nachbarn des Irans auch äußerst kritisch, wie Teheran Terrorgruppen unterstützte. Die Verbindungen des Regimes zu Gruppen wie der Hisbollah, der Hamas und dem islamischen Dschihad sowie anderen waren auch immer wieder ein zentrales Problem in den Beziehungen des Irans zum Westen. Weitere Streitpunkte zwischen dem Iran und den NATO-Staaten sind z. B. der Friedensprozess im Nahen Osten, die Menschenrechtsfrage im Lande und in allererster Linie das Atomprogramm des Landes. Das Revolutionsregime, das im Jahre 1979 den Schah abgelöst hatte, verfolgte sehr lange eine feindliche Einstellung gegen den Westen und insbesondere die USA. Allerdings hat der Iran inzwischen, seit gegen Ende der 90er-Jahre die Reformer an die Macht gelangt sind, einen konstruktiveren Ansatz in seiner Außenpolitik entwickelt. Hoffnungen auf eine Normalisierung der „diplomatischen“ Beziehungen jedoch haben sich bisher noch nicht erfüllt. Die ehrgeizige Politik des Irans im Hinblick auf Afghanistan und den Irak ist Ausdruck einer tief greifenden Zerrissenheit zwischen den Ideologen, die auf den Export der islamischen Revolution setzen, und den Pragmatikern, die in der Sicherung der Stabilität eine höhere Priorität für den Iran sehen.

13. Was die Beziehungen des Irans zum Irak betrifft, so hat Teheran sich an gewissen Bemühungen beteiligt, das Land zu stabilisieren. Gleichzeitig jedoch unterstützte der Iran auch die destabilisierenden Kräfte im Lande, insbesondere den Aufstand von Moqtada al-Sadr's im Jahre 2004. Teheran ist einerseits bemüht, das erneute Entstehen einer mächtigen Bedrohung zu vermeiden, andererseits jedoch auch das Absinken des Landes ins Chaos. Zu bedenken ist auch, dass beiden Ländern zwar derselbe schiitische Glaube zu Eigen ist, dass Teheran jedoch in gewisser Distanz zu der sich herausbildenden, schiitischen Führung im Irak steht. Ali al-Sistani, der einflussreichste Geistliche im Irak, ist ein Protagonist der traditionsreichen Schule der *Quietisten* im schiitischen Zweig des Islams, und diese lehnt für Geistliche jede politische Rolle und Funktion im Staat ab. Außerdem zeigen die Schiiten im Irak auch sehr ausgeprägte nationalistische Züge.

14. Was die Lage in Afghanistan betrifft, so schwankte die Außenpolitik des Irans zwischen einer Unterstützung der Stabilisierung des Landes und andererseits Bemühungen um einen verstärkten Einfluss Teherans. Bereits zuvor hatte die massive Unterstützung von Kriegsherren wie Ismail Khan und General Rashid Dostum diese Bemühungen deutlich gemacht, sich einen Einfluss in Afghanistan für die Zeit nach dem Regime der Taliban zu sichern und gleichzeitig die Autorität der Regierung Karzai zu unterminieren. Andererseits jedoch gab es auch Zeichen für ein gewisses Engagement zugunsten der Stabilisierung, und diese fanden auch ihren Ausdruck in dem anfänglichen Angebot einer US-Hilfe in Höhe von 500 Millionen Dollar, was einer der umfangreichsten ausländischen Hilfszahlungen für die Übergangsregierung entsprach.

15. Das Nuklearprogramm des Irans gehört zu den beherrschenden Problemen für die Sicherheit im Persischen Golf und weiter darüber hinaus. Teheran argumentiert, es habe im Sinne des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) durchaus das Recht, nukleare Fähigkeiten für ein friedliches Programm zu entwickeln; jedoch umfasst das entdeckte Nuklearprogramm bestimmte Komponenten, die sich mit einem Programm zur zivilen Nutzung der Kernenergie nicht erklären lassen. Die Verhandlungen zwischen dem Iran und den EU-3 (Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich) wurden ausgesetzt, nachdem der Iran Anfang August in der Atomanlage Isfahan seine Uran-Umwandlung wieder aufnahm. Dies war ein Verstoß gegen die Verpflichtung des Irans gegenüber den EU-3 vom Vorjahr, seine Kernbrennstoffkreislauf-Aktivitäten für die Dauer der Verhandlungen auszusetzen. Der Iran hatte im Gegenzug für diese Konzession die

Garantie erhalten, dass die IAEA ihn nicht beim Sicherheitsrat melden würde für seine 18 Jahre andauernden Verstöße, die die Inspektoren im Juni 2003 aufgedeckt hatten. Am Tage nach der Wiederaufnahme der Umwandlung legten die EU-3 dem Iran ein Paket mit Anreizen vor, das Angebote zur Zusammenarbeit in politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und technischen Fragen enthielt. Spezifischer bot der Vorschlag Hilfe für die Entwicklung des zivilen Atomprogramms des Iran und zur Schaffung einer führenden Transitstrecke für Öl aus Zentralasien an. Das Paket enthielt handelspolitische Anreize und Sicherheitsgarantien und unterstützte die Rolle des Iran für die regionale Sicherheit. Im Gegenzug dafür sollte der Iran seine Aktivitäten im Hinblick auf den Kernbrennstoffkreislauf, darunter die Uran-Umwandlung, aufgeben.

16. Der Iran besteht darauf, dass er nur mit der IAEA in Dialog treten wird und dass er seine Verpflichtungen im Rahmen des NVV erfüllt. In seiner Rede vom 17. September vor der UN-Generalversammlung machte Präsident Mahmoud Ahmadinejad klar, dass sein Land nicht beabsichtige, seine Urananreicherungsprojekte aufzugeben. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts wird der Aufsichtsrat der IAEA in Kürze entscheiden, ob er das Problem der Wiederaufnahme der Uran-Umwandlung in Isfahan durch den Iran an den UN-Sicherheitsrat überweisen wird. Es besteht in dem 35 Mitglieder zählenden Aufsichtsrat jedoch keinen Konsens darüber, ob die Frage an die UN übergeben werden sollte. Russland und Indien haben sich diesem Schritt vor kurzem zusammen mit Mitgliedern der Bewegung Blockfreier Staaten widersetzt.

17. Die Wahl Ende Juni von Mahmoud Ahmadinejad, der als ‚Hardliner‘ betrachtet wird, zum iranischen Präsidenten macht die Erzielung einer Einigung mit dem Iran vielleicht noch schwieriger. Nach Auffassung Ihres Berichterstatters würden die durch das iranische Nuklearprogramm aufgeworfenen Probleme jedoch nicht einfach schon dadurch von der Tagesordnung verschwinden, dass möglicherweise eine stärker westlich orientierte Regierung in Teheran an die Macht käme. Bei dem Erwerb von nuklearen Fähigkeiten durch den Iran geht es gar nicht so sehr um eine Konfrontation zwischen Reformen und Konservativen, sondern vielmehr um strategische Erwägungen und Fragen des Nationalstolzes. Es ist schwer vorherzusagen, welche Implikationen es hätte, wenn der Iran eine Atommacht würde. Mit Sicherheit würde eine solche Entwicklung im Iran die Volatilität in der Gesamtregion noch erhöhen. Der Gedanke, dass Atomwaffen unter die Kontrolle von religiösen Fanatikern (oder auch der Republikanischen Garde) mit ihren Verbindungen zur Terrororganisationen geraten könnten, versetzt die unmittelbaren Nachbarn des Irans ebenso wie die internationale Gemeinschaft in großen Schrecken. Die größte Sorge gilt dabei der Überlegung, dass ein nuklear bewaffneter Iran ein nukleares Wettrüsten in der Region entfachen und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen weiteren Vorschub leisten könnte. Außerdem würde natürlich der Erwerb von Atomwaffen durch Teheran den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) unterminieren.

18. Der Iran wünscht natürlich gewisse Sicherheitsgarantien, die ihm allerdings nur die USA bieten können. Bedauerlicherweise war das Thema Iran zwischen den USA und ihren Bündnispartnern immer ein eher strittiges Problem, das schon seit den 80er-Jahren zu erheblichen transatlantischen Reibungen geführt hat. Es hat unter den Alliierten keine koordinierte Strategie in diesem Bereich gegeben. Gewisse Experten haben die USA in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, da sie in Bezug auf den Iran ein „politisches Vakuum“ hätten entstehen lassen. Man war zwar entschlossen, keinerlei Anreize zu bieten, jedoch gab es auch keinen Plan für einen entsprechenden Umgang mit dem Problem, da aufgrund des Engagements im Irak ohnehin jedwede militärische Aktion im Augenblick so gut wie unmöglich ist. Nach dem Besuch von US-Präsident George Bush in Europa im vergangenen Februar haben die USA allerdings Unterstützung für die diplomatischen Bemühungen der EU-3 versprochen. Die US-Regierung signalisierte, sie sei inzwischen bereit, von ihrer Blockadehaltung gegen eine Mitgliedschaft des Irans in der Internationalen Handelsorganisation (WTO) abzurücken und auch den Verkauf von Ersatzteilen für die in die Jahre gekommene zivile Flugzeugflotte des Irans zu erlauben. Die

iranischen Unterhändler jedoch wiesen dieses Angebot als „lächerlich“ und „ohne Bedeutung“ zurück.

19. Jedwede lebensfähige Lösung für das Problem des iranischen Nuklearprogramms setzt eine enge europäisch-amerikanische, ja generell transatlantische Zusammenarbeit voraus. Obwohl die NATO als Organisation in die Verhandlungen mit dem iranischen Regime nicht eingebunden ist, unterstützen die Alliierten einschließlich der USA und Kanada die diplomatischen Bemühungen der EU-3. Dieser Konsens zwischen den USA und den Alliierten in der Frage der besten Modalitäten zur Entschärfung der durch das iranische Nuklearprogramm entstandenen Krise könnte allerdings unter Umständen nur von vorübergehender Dauer sein. Daher regt Ihr Berichterstatter an, der Nordatlantikrat (NAR) solle das Thema Iran auf seine Tagesordnung setzen. Die NATO ist möglicherweise die geeignete Plattform, um ein Bündel von hauptsächlich diplomatischen Schritten und Aktionen zu beraten und zu vereinbaren, mit denen der Iran zur Aufgabe seines Nuklearprogramms bewegt werden und seine politische Isolierung beenden könnte, und dank dessen das Land sich auch auf aktive und konstruktive Weise an einem regionalen Sicherheitsdialog beteiligen könnte.

V. DER KOOPERATIONS RAT DER GOLFREGION

20. Mit Ausnahme des Golf-Kooperationsrats (GCC) gibt es nur wenig Sicherheitsdialog und schon gar keine Zusammenarbeit unter den Anrainerstaaten des Persischen Golfs. Der Kooperationsrat wurde im Mai 1981 anfänglich als Reaktion auf den Krieg zwischen Irak und Iran mit dem Ziel eingerichtet, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern zu fördern, zu denen Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die VAE gehören. Es handelt sich dabei um einen regionalen gemeinsamen Markt mit einem eigenen Rat für die Verteidigungsplanung und kollektiven Sicherheitsmechanismen. Sicherheitsfragen spielen im GCC die vorherrschende Rolle, und dabei insbesondere der Wunsch nach einer, von jedwedem Einfluss der USA unabhängigen, regionalen Sicherheitsstruktur. Seit Beginn seiner Tätigkeit hat der GCC eine Reihe von gemeinsamen Militärmanövern durchgeführt, Maßnahmen zur Sicherung der Kompatibilität im Rüstungsbereich ergriffen und eine gemeinsame Eingreiftruppe auf die Beine gestellt. Obwohl die GCC-Staaten sich selbst verpflichtet haben, eine integrierte Verteidigungspolitik zu entwickeln, sind diesbezüglich bisher kaum Fortschritte erreicht worden. So besteht z. B. die geplante gemeinsame Verteidigungsstreitmacht Dira' al-Jazeera („Schutzschild über der Halbinsel“) aus nur zwei Brigaden und nur sehr kleinen, nicht-saudischen Verbänden. Die Uneinigkeit unter den Mitgliedstaaten und deren Zögern, im Verteidigungsbereich Souveränität abzutreten, haben die weitere Entwicklung des GCC erheblich behindert. Die kleineren Staaten befürchten, durch Saudi-Arabien, den mit Abstand größten GCC-Teilnehmer, dominiert zu werden. Der Krieg im Irak hat für diese Zerrissenheit gute Beispiele geliefert. Während einige GCC-Mitglieder gegen die Invasion waren, boten andere wie z. B. Kuwait den USA Wegrechte an, damit sie von ihrem Staatsgebiet aus die Invasion beginnen konnten.

21. Saudi-Arabien, der mit Abstand größte und einflussreichste Mitgliedstaat des GCC, befindet sich gegenwärtig in einer der schwierigsten Phasen seiner Geschichte. Während das Herrscherhaus von außen immer wieder wegen seiner als solche empfundenen Selbstgefälligkeit und Großzügigkeit gegenüber islamischen Extremisten kritisiert wurde, lehnt die eigene Bevölkerung inzwischen zunehmend die als Willfährigkeit empfundene Haltung der Regierung gegenüber dem Westen und namentlich den USA ab. Für das Herrscherhaus geht es darum, mit dem von innen und von außen ausgeübten Reformdruck umzugehen, ohne gleichzeitig die konservative geistliche Führung zu verprellen, ohne deren Legitimierung die weltliche Macht nicht existenzfähig wäre. Trotz des jüngsten Anstiegs bei den Öleinnahmen und einer besseren Wirtschaftslage steht Saudi-Arabien vor schwerwiegenden sozioökonomischen und politischen Herausforderungen. Eine hohe Arbeitslosigkeit von ca. 13% und hohe Geburtenraten üben einen starken Druck auf das Land aus. Inoffizielle Beobachter wiesen den Ausschuss während seines Besuchs in den VAE darauf hin, dass die Regierung ferner vor dem Problem der politischen

Legitimität sowie notwendiger, jedoch ausstehender Reformen des politischen Systems steht. So verabschiedete sie beispielsweise im August 2003 ein neues Gesetz zur Kriminalisierung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

22. Bewaffnete, militante Gruppen im Lande haben eine Welle der Gewalt ausgelöst, mit der das Vertrauen in das Regime sowie der wirtschaftliche Wohlstand und die Stabilität des Landes erschüttert werden sollen. Die Sicherheitskräfte hatten bisher gewisse Erfolge und konnten hunderte von verdächtigten Extremisten verhaften, zahlreiche weitere einschließlich des mutmaßlichen Führers von Al-Qaida im Königreich ums Leben bringen und Waffen sowie bombenfähiges Material konfiszieren. Nach den Terroranschlägen im Jahre 2003 und 2004 leitete Saudi-Arabien mehrere Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ein und erließ neue und strengere Beschränkungen für islamische wohltätige Stiftungen und für die an sie gerichteten Spenden.

23. Das Aufkommen des radikalen islamischen Fundamentalismus in Saudi-Arabien hat zahlreiche komplizierte Ursachen, zu denen in der jüngsten Vergangenheit auch das Auftreten der USA in der Region zählt, so wie es mit der Invasion im Irak und der Vernachlässigung des israelisch-palästinensischen Konflikts seinen Ausdruck findet. Reformen werden weder leicht noch ohne Risiken zu bewerkstelligen sein. Saudi-Arabien ist ein Land mit einer äußerst konservativen Gesellschaft, in dem die Religion für die Gestaltung des politischen Diskurses sowohl der Herrschenden als auch ihrer Opposition eine zentrale Rolle spielt und als Legitimierungsmechanismus größte Wirkung entfaltet. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, die gewalttätigen Kräfte an den Rand zu drängen, ohne dadurch gleichzeitig die breiteren, konservativen Bevölkerungsschichten zu verprellen. Die regierende Elite scheint jedoch nicht darüber einig, wie die von Terrorgruppen ausgehende Bedrohung am besten bewältigt werden kann und ob bzw. wie politische Reformen durchgeführt werden sollen. Würde das Regime in Saudi-Arabien zusammenbrechen, wäre die Gefahr groß, dass ihm ein extremistisches Regime folgen würde, das wiederum die gesamte Region in Aufruhr stürzen könnte. König Abdullah bin Abdel-Aziz al-Saud, der dem verstorbenen König Fahd bin Abdel Aziz im August 2005 nachfolgte, war die treibende Kraft hinter dem jüngsten Reformschwung. Angesichts des Alters des Regierenden wird der Erfolg des Reformprozesses jedoch auch davon abhängen, wer ihn ersetzt und ob sein Nachfolger in Zukunft mit oder gegen den Westen arbeiten wollen wird.

24. Wie vorstehend bereits erwähnt, ist die NATO gegenwärtig dabei, ihre Beziehungen zu dieser Region auszubauen. Ihre ICI-Initiative zielt auf beiderseits Gewinn bringende, bilaterale Beziehungen zu den Ländern im Nahen und Mittleren Osten ab, wobei mit dem GCC begonnen werden soll. Einige der GCC-Staaten haben bereits Beiträge zur euro-atlantischen Sicherheit geleistet. So haben die Vereinigten Arabischen Emirate Truppen für Operationen auf dem Balkan unter Führung der NATO bereitgestellt. NATO-Verbände und Einheiten der Mitglieds- und Partnerstaaten des Bündnisses sind gegenwärtig im Rahmen von Operationen im Irak und in Afghanistan eingesetzt. Die weitere Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen der NATO zu den Staaten am Persischen Golf sollte vor allem darauf angelegt sein, bei den Anrainerstaaten des Golfs Vertrauen und Zuversicht aufzubauen.

VI. SCHLUSSFOLGERUNGEN

25. Die Region des Persischen Golfs ist heute wesentlich relevanter für die euro-atlantische Sicherheit als sie dies in der Vergangenheit war, zumal die wahrscheinlichsten Bedrohungen und Herausforderungen, die sich aus dem Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ergeben, ihren Ursprung im Süden und im Südosten Europas nehmen. In dem Maße, da die NATO ihre Operationen in Afghanistan und im Irak zur Zeit fortsetzt und ihre Präsenz über ihre traditionellen Bereiche hinaus ausdehnt, erscheint eine aktivere Politik des Bündnisses im Hinblick auf diese Region von größter Dringlichkeit.

26. Mit der ICI-Initiative wird diese Notwendigkeit anerkannt: Sie bietet eine breite Palette von Instrumenten, um die interessierten Staaten in der Region bei der Erfüllung ihrer Sicherheitsbedürfnisse zu unterstützen. Darüber hinaus tragen die Alliierten auch zu Operationen der NATO im Irak und in Afghanistan bei, mit denen den Regierungen dieser Länder Fähigkeiten vermittelt werden sollen, sich selbst um die Sicherheitsbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu kümmern. Die Alliierten sollten nicht nur weiterhin und soweit möglich noch verstärkt ihre Unterstützung für den Irak und für Afghanistan in Fragen der Sicherheit aufrecht erhalten, sondern aus den vorstehend genannten Gründen auch die ICI-Initiative weiter ausbauen und dabei den Akzent besonders auf die Entwicklung eines politischen und Sicherheitsdialogs unter den Anrainerstaaten des Golfs legen. Die NATO-Alliierten sollten des Weiteren den Friedensprozess im Nahen Osten unter dem Stichwort „Roadmap“ aktiv unterstützen, da die Sicherheit im Nahen Osten und die Sicherheit in der Golfregion auf das Engste miteinander verzahnt sind.

27. Längerfristig sollte die NATO die Länder der Region dabei unterstützen, neue und kollektive Sicherheitsmechanismen zu entwickeln. Und am Ende könnten vertrauensbildende Maßnahmen zur Ausbildung neuer Sicherheitsstrukturen im Persischen Golf führen. Dabei könnten nicht nur die GCC-Staaten involviert sein, sondern derartige Strukturen könnten auch den Irak, den Iran und den Jemen umfassen.

28. Der Versuch der Entwicklung von kollektiven Sicherheitsvorkehrungen, selbst wenn diese nur schrittweise und über längere Zeiträume erreichbar sind, ist von entscheidender Bedeutung für diese volatile Region. In der Vergangenheit hat die Militärpräsenz des Westens, d. h. der USA, immer wieder die Möglichkeit gegeben, militärische Probleme anzugehen. Eine militärische Präsenz der alliierten Streitkräfte wird auch auf absehbare Zukunft noch von Bedeutung sein. Allerdings sind die heutigen Sicherheitsgefahren wesentlich vielschichtiger und komplizierter, und jedwede Militärpräsenz des Westens in der Golfregion, die dann notwendig werden könnte, wenn der Iran zur Atommacht würde und eine aggressivere Außenpolitik verfolgte, würde sich negativ auf den Kampf gegen den Terrorismus und auf die innere Stabilität in den Golfstaaten auswirken. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Alliierten, möglicherweise in enger Abstimmung mit der Europäischen Union, die Reformprozesse in diesen Ländern unterstützen, selbst wenn die Entwicklung dort nur in kleinen Schritten erfolgen dürfte, da die herrschenden Eliten derartige Fragen natürlich schon im Interesse ihres eigenen Überlebens nicht gerne aus der Hand geben.

29. Ein wichtiger erster Schritt wäre die Lösung der durch das iranische Nuklearprogramm aufgeworfenen Probleme. Das unmittelbare Ziel sollte darin liegen, den Iran zur Erfüllung seiner im Herbst 2003 der EU gegenüber abgegebenen Versprechen zu bewegen, d. h. zur nachprüfaren Einstellung sämtlicher Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten. Ein erster wichtiger Schritt muss die Ratifizierung durch den Iran des Zusatzprotokolls zu seinem NVV-Sicherungsübereinkommen sein, das er im Dezember 2003 unterzeichnet hat. Längerfristig muss eine Vereinbarung über die dauerhafte Aufgabe der Urananreicherung und anderer, für den nuklearen Brennstoffkreislauf wichtiger Kompetenzen und Fähigkeiten erreicht werden; und es müssen weitere Sicherheitsvorkehrungen akzeptiert werden, dank derer das rein zivile Wesen eines solchen Nuklearprogrammes bestätigt werden kann.

30. Dem NVV zufolge hat der Iran das Recht, ein ziviles Atomprogramm zu entwickeln. Teheran hat auch ein legitimes Interesse an einer stabilen und sicheren Nachbarschaft. Die Alliierten müssen daher eine Politik entwickeln, die den legitimen Forderungen des Irans nachkommt und die Rhetorik eines Regimewechsels ausdrücklich vermeidet, der lediglich nationalistische Gefühle in dem Land schüren würde. Der Westen, insbesondere die EU und die NATO-Bündnispartner, sollte dem Iran ein Angebot machen, dass er bereit ist, ihm dabei zu helfen, seine Energie- und wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen und seinen Sicherheitsbesorgnissen Rechnung zu tragen. Die Alliierten müssen jedoch deutlich machen, dass westliche Zusammenarbeit und Hilfe von einer

umfassenden Zusammenarbeit des Iran im Nuklearbereich abhängen. Der Iran muss vor der Wahl stehen, sich entweder für eine Zusammenarbeit zu entscheiden und im Gegenzug eine umfassende Unterstützung seitens des Westens und der Bündnispartner zu erhalten, oder sich für eine Weiterentwicklung seines Atomprogramms zu entscheiden und andauernde wirtschaftliche Mängel und eine diplomatische Isolierung zu riskieren.

31. Trotz der zwischen ihnen bestehenden Unterschiede und Differenzen haben die Alliierten und der Iran doch auch eine Reihe von wichtigen gemeinsamen Sicherheitsinteressen. Gemeinsam ist ihnen ihr Interesse an der Sicherheit der Grenzen, zumal der Iran auch weiterhin ein wichtiges Durchgangsland für den Heroinnachschub aus Südwestasien nach Europa ist. Der Drogenverbrauch im Iran ist weiterhin ein hartnäckiges Problem, und nach der offiziellen Statistik gibt es in der Bevölkerung des Irans mindestens 2 Millionen Drogenabhängige. Die Alliierten und der Iran, der schließlich tausenden von afghanischen Flüchtlingen Zuflucht geboten hat, haben auch gemeinsam ein Interesse an der Stabilität in Afghanistan und im Irak.

31. Daher müssen die Mitgliedstaaten der NATO über eine umfassende Iran-Politik nachdenken und diese vereinbaren. Ihr Berichterstatter hält den NATO-Rat für das ideale Instrument für die politische Koordinierung im Hinblick auf den Iran. Wie oben dargelegt, müssen die Alliierten sich darauf konzentrieren, das Land zur Aufgabe seines Nuklearprogramms zu bewegen und dazu gleichzeitig seine legitimen Sicherheitsinteressen anerkennen. Die Bündnispartner sollten sich im Nordatlantikrat über Anreize für den Iran sowie über mögliche Antworten für den Fall einigen, dass Teheran sein Atomprogramm weiterführt. Es muss jedoch klar sein, dass sich die Diskussionen im Nordatlantikrat nur auf diplomatische und möglicherweise wirtschaftliche Maßnahmen konzentrieren würden. Nach Ansicht Ihres Berichterstatters kommen militärische Maßnahmen gegen den Irak, insbesondere „Präemptivschläge“, nicht in Betracht. Die NATO sollte nicht militärische Maßnahmen gegen den Iran diskutieren. Sollte der Iran jedoch ein Angebot der Bündnispartner ausschlagen und eine aggressive Politik gegenüber seinen Nachbarn verfolgen, könnten die NATO-Alliierten erwägen, den Ländern am Persischen Golf eine Sicherheitsgarantie anzubieten. Allgemeiner gesprochen kann die NATO erhebliche Beiträge zur Sicherheit und Stabilität am Persischen Golf leisten. Abgesehen von ihren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bekämpfung von international aktiven Terrorgruppen allerdings sollte die Rolle und die Aufgabe der Allianz in erster Linie im politischen und deutlich weniger im militärischen Bereich gesehen werden.
